

# Kreis Stormarn soll Pille für Bedürftige zahlen

Aus Geldnot sparen viele Frauen bei der Verhütung. Mit 40 000 Euro pro Jahr könnte der Kreis ungewollte Schwangerschaften und mögliche Folgekosten verhindern.

VON K. KUHLMANN-SCHULTZ

Die kostenlose Pille soll helfen: Geldnot führt bei Frauen im Kreis Stormarn zu ungewollten Schwangerschaften. Zu diesem Ergebnis kommen Beratungsstellen wie pro familia, die sich jetzt mit einem besonderen Anliegen an den Kreis wenden: Er soll die Kosten für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen übernehmen. Dabei geht es um 40 000 Euro pro Jahr. Stormarn wäre damit Vorreiter – nach der Stadt Flensburg – in Schleswig-Holstein.

Krankenkassen zahlen Frauen ab 21 Jahren keine Verhütungsmittel – weder die Pille, noch die Spirale oder gar eine Sterilisation. „Für viele Klientinnen mit geringem Einkommen oder im Bezug mit Arbeitslosengeld II stellt sich seither die Frage, wie sie eine geeignete Verhütungsmethode finanzieren können“, so Elfriede Rohwedder von pro familia. Die durchschnittlichen Kosten für die Pille, hat Rohwedder ermittelt, betragen vierteljährlich rund 35 Euro, die Spirale – die mehrere Jahre vor einer Schwangerschaft schützt – etwa 340 Euro und eine Sterilisation zwischen 500 und 750 Euro. Geld, das den Frauen nicht zur Verfü-

gung steht. Im Regelsatz von Hartz IV ist ein Ansatz von 13 Euro pro Monat für Gesundheitspflege vorgesehen – davon müssen Medikamente und auch die Praxisgebühr bezahlt werden.

„Mit Besorgnis stellen wir fest, dass wir in unseren Beratungsstellen zunehmend Frauen und Paaren begegnen, die aufgrund des mangelnden finanziellen Spielraums auf Verhütung verzichten oder sich für weniger sichere Kontrazeptiva entschieden haben“, berichtet Roh-

## Stormarn

wedder weiter. Nicht selten sei es zu ungeplanten und nicht gewollten Schwangerschaften gekommen. „Ungewollte Schwangerschaften führen manchmal auch zu ungeliebten Kindern, deren Versorgung und Erziehung nun mit großem personellen Aufwand durch die Jugendhilfe begleitet und finanziert werden müssen.“

Zusammen mit anderen im Kreis Stormarn tätigen Schwangerschaftsberatungsstellen – Frauen helfen Frauen, SVS-Südstormarn und Donum Vitae – hofft Rohwedder auf den Kreiszuschuss von 40 000 Euro pro Jahr. Für Margot Sinning (SPD), Vorsit-

zende des Kreissozialausschusses, ist der Vorschlag eine „lebenspraktische Hilfe. Das ist gut angelegtes Geld.“ Man müsse sicherstellen, dass die Menschen nicht aus finanzieller Not heraus ihre Verhütung vernachlässigen und dann ungewollt Kinder bekommen. „Sie haben genug damit zu tun, ihr Leben in den Griff zu bekommen.“ Sinning denkt auch an die Folgekosten für die Allgemeinheit, beispielsweise wenn ungeliebte Kinder in Pflegefamilien untergebracht werden müssen. „Es ist ein ungemütliches Thema, aber sehr sinnvoll.“ Die Fraktionen des Kreistages werden sich jetzt mit dem Antrag beschäftigen.

Der Kinderbeauftragte des Kreises, Joachim Malecki, der sich unabhängig von den Beratungsstellen mit diesem Thema beschäftigt hat, sieht auf jeden Fall Handlungsbedarf. Er rät zur Hilfe bei materieller Not. Gerade dann, wenn die Fähigkeit zur mittel- und langfristigen Lebensbewältigung fehlt und die Alltagsbewältigung misslingt. „Wenn diese Mütter darum bitten, eine Verhütungsmöglichkeit zu erhalten, die ihre Planungsschwäche berücksichtigt – Spirale oder Sterilisation –, dann muss dieser Weg finanziell eröffnet werden“, argumentiert Malecki in einem eigenen Antrag.

Die Kreisgleichstellungsauftragte Birte Kruse-Gobrecht stimmt dem zu: „Nicht umsonst nimmt Flensburg das Problem auf.“ Dies seien die Folgen der Sozialrechts- und Gesundheitsreform. „40 000 Euro sind dann präventiv angelegtes Geld, im Sinne aller Beteiligten.“